

## **Kolloquium im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West**

am Montag, 17. Mai 2004 beim Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn:

# **„Handlungsstrategien früherer Schrumpfungsphasen“**

*Dokumentation der Ergebnisse*

Forschungsagentur Stadtumbau West

Forum GmbH

Martin Karsten

Kerstin Wilmes



29.06.04

# Inhalt

Inhalt.....	1
1 Zielsetzung .....	2
2 Konzeption und Dokumentation.....	2
3 Kurzurückblick auf westdeutsche Stadtentwicklungs- und Schrumpfungsprozesse bis Ende der 1980er Jahre .....	3
3.1 Wesentliche Probleme und Entwicklungen.....	3
3.2 Konsequenzen und Maßnahmen.....	5
3.3 Vergleich mit den heutigen Entwicklungen: Was ist neu?.....	8
4 Lehren für heute aus den Erfahrungen und Strategien von gestern.....	9
4.1 Erfolgversprechende Ansätze der 1980er Jahre .....	9
4.2 Problemlagen und erfolglose Ansätze in den 1980er Jahren.....	10
5 Handlungsempfehlungen für die Praxis der Stadtumbau West-Pilotstädte.....	11
6 Fazit.....	13
7 Quellen und weiterführende Literatur.....	14
Teilnehmerliste .....	15
Veranstaltungsablauf.....	16

## 1 Zielsetzung

Am 17. Mai 2004 fand im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes Stadtumbau West ein ganztägiges Kolloquium zum Thema „Handlungsstrategien früherer Schrumpfungsphasen“ statt. Teilnehmer der Veranstaltung waren Experten aus Wissenschaft, Wohnungswirtschaft und Kommunen, die in den 1980er Jahren den damaligen Diskurs über schrumpfende Städte an verantwortlicher Stelle mitgestaltet haben. Des Weiteren nahmen Vertreter des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung sowie Vertreter aus einzelnen Pilotstädten von Stadtumbau West teil (Teilnehmerliste und Programm finden sich am Ende dieses Dokumentes).

Das Kolloquium hatte zum Ziel, Analysen, Strategien und Projekte aus der Schrumpfungsphase in den 1980er Jahren in Teilen Westdeutschlands auszuwerten und durch diese Auswertung Anregungen für die aktuelle Stadtumbaudiskussion zu gewinnen. Ausgangslage der Diskussion war, dass bereits in den 1970er und 1980er Jahren einige durch Industrie geprägte Städte in Westdeutschland aufgrund des einsetzenden wirtschaftsstrukturellen Wandels Arbeitsplatzverluste, Einwohnerverluste und auch kommunale Haushaltsprobleme verzeichneten, die sie zu Anpassungskonzepten zwangen.

## 2 Konzeption und Dokumentation

Basis der Kolloquiumsbeiträge und Diskussionen stellte eine um einzelne Expertengespräche erweiterte vorbereitende Recherche zum Thema dar, die von der Forschungsagentur Stadtumbau West erarbeitet worden war und sieben Experten zusammen mit konkreten Fragen im Vorfeld der Veranstaltung zugesandt wurde. Im Kolloquium selbst wurden die Experten gebeten – in Diskussionsblöcken nach Wissenschaft, Wohnungswirtschaft und Kommunen getrennt – ihre Einschätzung zu den Aussagen aus dem Vorbereitungspapier zu formulieren und auf die Fragen im Papier einzugehen. In einer abschließenden Erörterungsrunde wurden die Erfahrungen der Schrumpfungsphase der 1980er Jahre mit den Rahmenbedingungen von heute verglichen und den Erfahrungen der Vertreter aus den ExWoSt-Pilotstädten gegenübergestellt. Schließlich gaben die Experten Empfehlungen für die Stadtumbaupraxis von heute.

Die vorliegende Dokumentation lehnt sich an diese Veranstaltungsstruktur an, indem sie mit einem Rückblick auf westdeutsche Stadtentwicklungs- und Schrumpfungsprozesse bis Ende der 1980er Jahre beginnt und nach einem Vergleich mit den heutigen Bedingungen die Lehren aus den Erfahrungen formuliert und Handlungsempfehlungen für die Praxis der Pilotstädte benennt. In der Dokumentation wird versucht, den einzelnen Experten Aussagen zuzuordnen, die mit den Betreffenden abgestimmt sind.

Besonderer Dank gilt folgenden Experten für die Mitarbeit:

Johann Dieckmann, Stadtbaurat a.D. Hagen

Horst Freye, ehemals Stadtdirektor und Wirtschaftsdezernent Münster, vorher in Dortmund tätig (unter anderem IBA)

Prof. Dr. Hartmut Großhans, Köln, ehemals Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, GdW

Prof. Dr. Klaus Selle, RWTH Aachen

Prof. Dr. Walter Siebel, Universität Oldenburg

Dr. Ing. Irene Wiese von Ofen, Stadtbaurätin a.D. Essen

Dr. Uwe Wullkopf, Institut für Wohnen und Umwelt (IWU), Darmstadt



### 3 Kurzurückblick auf westdeutsche Stadtentwicklungs- und Schrumpfungsprozesse bis Ende der 1980er Jahre

#### 3.1 Wesentliche Probleme und Entwicklungen

##### *Ökonomische Stagnation und Strukturwandel*

Die Schrumpfungsprozesse in westdeutschen Städten beruhten in erster Linie auf einer veränderten ökonomischen Basis, die u.a. mit dem Abbau von Arbeitsplätzen und höheren Belastungen der kommunalen Haushalte einherging. Der Zusammenbruch wichtiger Wirtschaftszweige wie Bergbau und Stahlproduktion im Ruhrgebiet oder Saarland aber auch Krisen an Hafenstandorten verdeutlichten die Abhängigkeit der Städte von einzelnen Branchen und Wirtschaftszweigen. Die Wirtschaftskrise wurde damit auch zu einer städtischen Krise.<sup>1</sup>

Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gehörten zu den wenigen Aspekten der Schrumpfung, die sich auch in der Öffentlichkeit in einer regen Diskussion niederschlugen. Da nicht alle Städte gleich stark vom Strukturwandel von Altindustrie zu neuen Technologien und Dienstleistungen betroffen waren, entwickelte sich großräumig die viel diskutierte Polarisierung zwischen Städten bzw. ein wirtschaftliches Süd-Nordgefälle im alten Bundesgebiet.

##### *Bevölkerungsrückgänge in fast allen Städten*

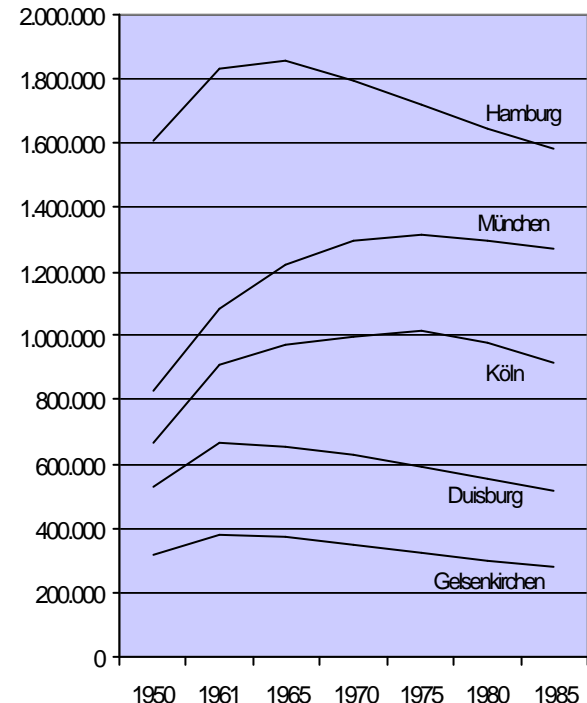
Ab Anfang der 1970er Jahre waren fast alle westdeutschen Städte von einem Bevölkerungsrückgang betroffen. Dieser Bevölkerungsrückgang war zum einen Folge sinkender Geburtenzahlen, zum anderen beruhte er auf siedlungsräumlich spezifische Wanderungsverlusten.

Eine Zuwanderung aus dem Ausland hielt die Einwohnerzahl im alten Bundesgebiet insgesamt relativ konstant bzw. sorgte für einen weiteren Zuwachs.

Die räumlich begrenzten Wanderungsverluste der Städte waren daher zunächst arbeitsmarktbedingte Abwanderungen. Der massive Abbau von Arbeitsplätzen führte zu groß- und kleinräumigen Wanderungen in Regionen und Städte, in denen ein besseres Arbeitsplatzangebot vorlag.

Später überlagerte die Stadt-Umland-Wanderung die arbeitsmarktbedingte Wanderung zusätzlich. Gründe hierfür waren bessere Wohn- und Lebensbedingungen im Umland der Agglomerationen bei gleichzeitiger erhöhter Mobilität der Menschen.

Abbildung 1: Bevölkerungsrückgang



Quelle: nach Häußermann/Siebel, 1987, S. 81

<sup>1</sup> Vgl. Häußermann/Siebel, 1987, S. 58

Aus den Bevölkerungsverlusten resultierte jedoch zunächst kein Leerstandsproblem auf dem Wohnungsmarkt, da die Zahl der Haushalte durch Verkleinerung insgesamt konstant blieb bzw. weiter anstieg. Dies bestätigte u.a. die Aussage von Herrn Prof. Dr. Großhans, der verdeutlichte, dass die Wohnungswirtschaft trotz der Einwohnerverluste nicht mit Leerstandsproblemen zu kämpfen hatte. Der Grund hierfür lag nach Herrn Dr. Wullkopf darin, dass das bestimmende Merkmal bei Wohnungsmarktanalysen die Haushaltsentwicklung sowie konjunkturelle Rahmenbedingungen und nicht die Bevölkerungsentwicklung sei. Prof. Dr. Siebel führte weiter aus, dass die Verteilung der Kaufkraft der Haushalte ein bestimmender Faktor der Wohnraumnachfrage sei.

Nach Herrn Wullkopf verzeichnete der Wohnungsmarkt kleinräumig durchaus sowohl Wohnungsleerstände als auch Wohnungsnot. Er führte diese darauf zurück, dass der Wohnungsmarkt nicht funktionierte. Als einen wichtigen Grund hierfür nannte Herr Dieckmann die überhöhte Grundstücksbewertung („Vermögensfiktion“).

### *Kommunale Haushaltsprobleme*

Die Kommunen spürten die Strukturveränderungen und die Einwohnerverluste in erster Linie in Form eines zunehmend eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraumes. Die kommunale Finanzkrise war im Wesentlichen gekennzeichnet durch:

- Rückgang der Steuereinnahmen:  
Der Wegfall bedeutender Industriezweige und der Bevölkerungsrückgang führten zu starken Steuerverlusten. Diese Verluste erhöhten sich indirekt weiter durch einen Nachfragerückgang bei Handel und Dienstleistungen.
- Steigende Ausgaben für Transferleistungen:  
Der anhaltende Strukturwandel und die fortschreitende Erwerbslosigkeit verursachte hohe Kosten bei den Kommunen, die für einen Großteil der Transferleistungen aufkommen müssen (Sozialhilfe). So stieg z.B. der Anteil der von Sozialhilfe abhängigen Bevölkerung in der Stadt Essen zwischen 1980 und 1987 von 2,8% auf 6,3% der Gesamtbevölkerung.<sup>2</sup>
- Finanzierung des kommunalen Infrastrukturangebotes:  
Kulturelle und soziale Einrichtungen, das ÖPNV-Angebot und andere kommunale Infrastrukturdienste verzeichneten eine sinkende Nachfrage. Einsparungen durch Angebotskürzungen waren kaum möglich und politisch nicht gewünscht.

Die Aussage von Jürgen Linde, damaliger Oberstadtdirektor der Stadt Gelsenkirchen, verdeutlicht die Situation kommunaler Haushalte schrumpfender Städte dieser Zeit: „Eine besondere Schwierigkeit der Haushaltskonsolidierung liegt darin, dass die Stadt eine Infrastruktur für fast 400 000 Einwohner hat, aber Steuern und damit Unterhaltungsmittel nur für die jetzt noch vorhandenen 285 000 Einwohner erhält.“<sup>3</sup>

### *Segregationstendenzen*

Neben großräumigen Polarisierungstendenzen wurden innerhalb der Städte Segregationsprozesse sichtbar. Besonders in Großwohnanlagen oder unsanierten Altbaugebieten konzentrierten sich Haushalte mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen. Herr Prof. Dr. Großhans beschrieb als wichtige Ursache hierfür die Fehlbelegungsabgabe und Belegungsbindung, die eine soziale Mischung in

---

<sup>2</sup> Wermker, 1988, S. 1016

<sup>3</sup> Linde, 1988, S. 1017 f.

Großwohnanlagen einschränkte, sowie das Zweckentfremdungsverbot, welches Impulse durch eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung innerhalb der Großwohnsiedlungen verhinderte.

Eine zunehmende soziale Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung (Arbeitslosenhaushalte, von Transfereinkommen abhängige Haushalte, Haushalte mit Migrationshintergrund) förderte die Entstehung von benachteiligten Gebieten und „Armutsinseln“ innerhalb der Städte. Die Kommunen betrachteten diese Prozesse durchaus als langfristige Probleme: „Wir müssen davon ausgehen, daß Massen- / Dauerarbeitslosigkeit und die kleinräumige Konzentration von Problemlagen anhalten, sich möglicherweise noch verschärfen.“<sup>4</sup>

### *Brachen*

Eine Folge des wirtschaftlichen Strukturwandels und ein Problem für die Kommunen stellten die Industriebrachen dar, die sich negativ auf das Stadtbild auswirkten. Diese Brachen befanden sich teilweise auch in den Stadtzentren und stellten ein besonderes Problem für Kommune bzw. Planung dar. Der Umgang mit diesen Flächen war nach den Erfahrungen der Experten nicht immer einfach. Zwar gab es auf Verwaltungsebene und auch innerhalb der Bevölkerung den Wunsch, neue Nutzungen für diese Flächen zu finden. Blockadehaltungen der jeweiligen Unternehmen (wie z.B. in Essen) aber auch politische Tabus innerhalb der Kommune standen möglichen Planungen entgegen: So war es laut Herrn Freye innerhalb der kommunalen Verwaltung „verboten, darüber nachzudenken, was man mit diesen Flächen anfangen könnte“ (bezogen auf die Hoesch-Werksschließung in Dortmund). Eine offene Diskussion um Industriebrachen begann erst und ausschließlich mit der IBA Emscher-Park.

## **3.2 Konsequenzen und Maßnahmen**

### *Kommunalpolitisches Festhalten am Wachstumsgedanken*

Zwar waren die Probleme der Schrumpfung durchaus bekannt und insbesondere durch die Statistik bestätigt, auf Seiten von Politik und Verwaltung sowie auch der Bevölkerung wurden diese Prozesse nach Ausführungen von Frau Dr. Wiese von Ofen jedoch ohne Diskussion oder gar konkrete Gegenmaßnahmen hingenommen. Die Bevölkerungsverluste wurden oftmals mit dem demographischen Wandel begründet und damit außerhalb des kommunalen Einflussbereiches gestellt.

Zugleich versuchten die Kommunen, eine weitere Abwanderung in das Umland aufzuhalten. Wesentliches Werkzeug war hierzu die Ausweisung neuer Flächen für den Bau von Eigenheimen. Gleichzeitig sollte das Wohnumfeld verbessert werden.

Mit Hilfe der Wirtschaftsförderung wurde versucht, durch Unterstützung von Neuansiedlungen, Ausweisung neuer Gewerbegebiete oder Technologieparks den Strukturwandel zu beschleunigen und neue Arbeitsmarktbereiche für die Einwohner der Städte zu erschließen. Herr Freye bestätigte, dass diese Strategie für Dortmund (Dortmunder Konsens) heute durchaus als Erfolg gewertet werden könne und als bewusstes Gegensteuern gegen die damaligen Entwicklungstendenzen zu interpretieren sei.<sup>5</sup>

Die Experten verwiesen darauf, dass eine Auseinandersetzung mit der Schrumpfungsproblematik damals ausschließlich innerhalb der betroffenen Kommunen geführt wurde, meist fokussiert auf die

---

<sup>4</sup> Wermker, 1988, S. 1014

<sup>5</sup> vgl. hierzu auch einen Artikel aus „Die Zeit“ vom 27.05.04, S. 41f., der das Dortmunder Technologiezentrum als eines der erfolgreichsten in Deutschland beschreibt.



Problemstadtteile. Ein Erfahrungsaustausch mit benachbarten Kommunen oder in einer Region fand bestenfalls auf nicht offizieller Ebene statt.

### *„Schrumpfung planen“*

Insbesondere die Wissenschaft und Fachplanung setzte sich damit auseinander, wie Schrumpfung „geplant“ werden könnte. Auf Seiten der Wissenschaft gab es eine detaillierte Analyse der Prozesse, die allerdings auch nicht bei allen Fachleuten zur Schärfung des Problembewusstseins geführt hat: „Selbst unter Stadt- und Regionalplanern sind die absehbaren Entwicklungen wenig bekannt bzw. bewußt und deutlich.“<sup>6</sup>

Auch wenn sich die wissenschaftliche Diskussion auf die Analyse der Prozesse konzentrierte, sind in Veröffentlichungen Handlungsempfehlungen zu finden gewesen. Diese umfassen:

- Stadterneuerung, Modernisierung, Verbesserung der Umweltsituation in den benachteiligten Stadtquartieren: kleinräumige Ansätze für eine Erneuerung und Modernisierung von Stadtquartieren,<sup>7</sup>
- Verwertung von Industriebrachen, i.d.R. Umnutzung,
- Anpassung von Infrastrukturen an veränderte Bedarfe,
- Verhinderung bzw. Verringerung von sozialer Segregation,
- aber auch allgemein mögliche Maßnahmen zur Bevölkerungsstabilisierung bzw. dem Stopp der Abwanderung.

Ziel dieser Überlegungen war es, auf die erkennbaren Probleme zu reagieren und sie zu akzeptieren, um negative Folgen zu begrenzen und Chancen zu nutzen, ohne jedoch die Dimension und die Zusammenhänge der Prozesse zu diskutieren.

### *Erhaltende/behutsame Stadterneuerung*

Die 1980er Jahre standen im Zeichen einer neuinterpretierten Stadterneuerung, mit einer Rückbesinnung auf die alten Stadtquartiere bzw. die Bestandspflege. Veränderte Nachfragen auf dem Wohnungsmarkt führten zu einer Akzentverschiebung vom öffentlich geförderten Mietwohnungsbau hin zu einer verstärkten Förderung der Eigentumsbildung. Die Politik konzentrierte sich vorrangig auf staatliche Investitions- und Beschäftigungsförderung. Die Städtebauförderung konzentrierte sich auf die behutsame Erneuerung der Altbauquartiere. Gleichzeitig kam in den 1980er Jahren das Ende des Baus von Großwohnsiedlungen am Stadtrand.<sup>8</sup>

### *Wohnungswirtschaftliche Qualitätsorientierung*

Die Handlungsschwerpunkte der Wohnungswirtschaft konzentrierten sich auf soziale Problemlagen und den Modernisierungsbedarf in Großwohnanlagen sowie auf das damit zusammenhängenden Imageproblem dieser Wohnanlagen. „Leerstand, erhöhte Fluktuation, Vermietungsschwierigkeiten und die Reparaturanfälligkeit treffen eine – zu großen Teilen gemeinnützige – Wohnungswirtschaft, die damit vor eine Situation gestellt ist, auf die sie – wachstums- und erfolgsgewohnt – noch nicht einge-

---

<sup>6</sup> Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Hamburg und Schleswig-Holstein, 1988, S.1

<sup>7</sup> vgl. Göb, 1977, S. 163 ff.

<sup>8</sup> Nähere Ausführungen zu Stadtentwicklung und Städtebau in den 1980er Jahren bei: BBR, 2000, S. 50 ff.

stellt ist.<sup>9</sup> Leerstand entstand nicht durch mangelnde Nachfrage sondern aufgrund unzureichender Angebote auf einem zunehmend entspannten Wohnungsmarkt.

Da preispolitische Marketingmaßnahmen in der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft nicht möglich waren, standen Angebotsverbesserungen im Mittelpunkt, um eine kontinuierliche Nachfrage aufrecht zu erhalten. Hierunter fielen:

- Modernisierung von Wohnraum,
- soziales Management in Problemgebieten,
- Verbesserung des Wohnumfeldes,
- Umnutzungen oder Umbau von Wohnungen und Gebäuden.

Der Rückbau von überschüssigem Wohnraum wurde zwar als notwendig thematisiert, von der Wohnungswirtschaft jedoch aus finanziellen Gründen abgelehnt. Dies bestätigte die Erfahrung von Herrn Prof. Dr. Großhans, wonach die Metastadt Wulfen im nördlichen Ruhrgebiet ihm als einziges Rückbauprojekt der Wohnungswirtschaft der 1980er Jahre bekannt sei.<sup>10</sup>

### *Anpassung der kommunalen Infrastruktur*

Angesichts angespannter kommunaler Haushalte wurden Überlegungen angestellt, wie die vorhandene Infrastruktur an veränderte Bedarfe und den geringeren finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen angepasst werden konnte. Zur Diskussion standen Handlungsmöglichkeiten, die darauf abzielten, die kommunalen Haushalte zu entlasten und gleichzeitig eine anhaltend hohe Infrastrukturqualität zu halten:

- Rückbau (Schließung)
- Mehrfachnutzungen
- Nutzungsgebühren
- Umnutzungen
- Neue Angebote (seniorengerecht)
- Anpassung der kommunalen Verwaltungsstrukturen
- Regionalisierung von Infrastrukturangeboten

Diese unterschiedlichen Strategien und Überlegungen innerhalb der Verwaltung fanden jedoch selten auf Seiten der Politik und der Verwaltungsspitze Fürsprecher. Zudem wurde diesen Strategien im Zuge des erneuten Bevölkerungswachstums Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre die Notwendigkeit abgesprochen. Die z.T. überzogenen Wachstumsprognosen in der Vereinigungseuphorie leiteten eine aus heutiger Sicht bedauerliche Kehrtwende ein. Durch diese veränderte Situation wurde der begonnene Diskussionsprozess unterbrochen und erst wieder zu Ende der 1990er Jahre fortgeführt.

### *Rückbau von Industriebrachen (Montanindustrie und Hafenwirtschaft)*

Der Umgang mit Industriebrachen war wie beschrieben ein wichtiges Thema des Strukturwandels. Der Bereich der Industriebrachen gehörte zu den wenigen Handlungsansätzen, für die aktiv geplant wurde – heute würde man das vielleicht als Rückbaustrategien bezeichnen. Beispiele finden sich sowohl in

---

<sup>9</sup> Autzen/Becker in Stadtbauwelt, 1985, S. 930

<sup>10</sup> Der Rückbau von Wohngebäuden fand darüber hinaus in Sanierungsgebieten statt bzw. in Wohnsiedlungen, deren niedriger Standard nicht mehr sanierungsfähig war.



der Montanindustrie (Krupp, Hoesch) als auch der Hafenwirtschaft (Duisburger Binnenhafen, Hamburger Speicher). Frau Dr. Wiese von Ofen führte aus, dass die Möglichkeiten des Bergrechts im Ruhrgebiet bspw. eine Renaturierung von Industriebrachen erleichterten. Ziel der Renaturierung war es, Brachflächen zukünftig als Grün- und Freiflächen nutzbar zu machen, aber auch dem Biotopschutz zur Verfügung zu stellen. Die Erfahrungen von Frau Dr. Wiese von Ofen zeigen, dass Begrünungen von Brachflächen vielfach Entwicklungspotenziale freigesetzt haben. Die Flächen zogen teilweise neue Investoren an bzw. verbesserten das Image und äußere Erscheinungsbild von Stadtteilen, deren Gesamteindruck von Brachen und industriellen Altlasten beeinträchtigt war. Schwierigkeiten gab es jedoch, an die Flächen und Grundstücke heranzukommen, da einzelne Firmen sich unkooperativ zeigten (Kaufpreisvorstellungen, Nutzungskonflikte, eigene Entwicklungsmöglichkeiten, Attentismus) und auf Grundstücke von Post und Bahn (wie auch teilweise heute noch) kein Zugriff möglich war. Ebenfalls als schwierig stellte sich nach den Erfahrungen von Herrn Freye heraus, die Bevölkerung davon zu überzeugen, sich nicht völlig von der industriellen Vergangenheit abzuwenden: „Viele Bewohner wollten die Reste der alten Industrie nicht mehr sehen“.

Neben z.T. vollständigen Rückbau von Industrieanlagen und der Renaturierung von Industriebrachen wurden die Brachflächen oftmals einer neuen Nutzung zugeführt, sofern die Rahmenbedingungen (z.B. Lage, Erschließung, Untergrund) eine kostengünstige Nachnutzung bzw. Neubebauung zuließen.

### 3.3 Vergleich mit den heutigen Entwicklungen: Was ist neu?

In den Diskussionen während des Kolloquiums wurde von einigen Teilnehmern auch auf Unterschiede zwischen der heutigen Stadtumbaufragestellung in Westdeutschland und dem Diskurs in den 1980er Jahren hingewiesen. Herr Prof. Dr. Siebel erläuterte, dass den Kommunen ein geeigneter *Handlungsspielraum* fehle, um zweckmäßig auf die Probleme zu reagieren. Die bisherigen Erfahrungen zeigten, dass eine *andere Finanzverfassung* notwendig sei, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen herzustellen. Er stellte die Frage, wer geeignete Akteure für eine Steuerung der Schrumpfungsprozesse sein könnten, bei denen es um Verteilung von Verlusten gehe, die im Rahmen von Kooperationsmodellen schwer verhandelbar erscheinen. Notwendig sei die Stadtregion als finanziell und rechtlich kompetenter Akteur mit demokratischer Legitimation. Erschwert werde die Handlungsbasis der Kommunen dadurch, dass es eine *Kumulation unterschiedlicher Probleme in räumlicher Nähe* gibt, die in der bisherigen sektoralen Betrachtungsweise nicht mehr ausreichend erfasst werden könnten. Herr Prof. Dr. Selle verwies auf eine weitere Konsequenz der aktuellen Entwicklungen: „Angesichts geringer werdender Restwachstums-Potenziale und knapper öffentlicher Ressourcen dürfte die interregionale Konkurrenz deutlich zunehmen.“

Neu ist zudem die stärkere *regionale und lokale Differenzierung der Schrumpfungsprozesse*. Keine Stadt ist ausschließlich „Schrumpfstadt“, in jeder Stadt gibt es auch Wachstumskerne. Gleiches gilt für den Wohnungsmarkt, der im Rahmen einer stärkeren Ausdifferenzierung neben Leerständen auch weiterhin sektorale Wohnungsnot aufweist.

Herr Dr. Wullkopf und Prof. Dr. Großhans erläuterten aus der Perspektive der Wohnungswirtschaft, dass der Wohnungsleerstand heute einen weitaus höheren Problemdruck verursache als bspw. in den 1980er Jahren, als Leerstände allenfalls ein punktuelles, kurzfristiges und auf Angebotsmängeln beruhendes Problem darstellten. Herr Dr. Wullkopf verwies dabei auf den Zusammenhang zwischen konjunktureller Wirtschaftsentwicklung und Wohnungsnachfrage, der in den 1980er Jahren größeren Einfluss auf den Wohnungsmarkt hatte, als der Einwohnerrückgang. Diese konjunkturelle Erklärung treffe für den heute zu konstatierenden Wohnungsleerstand nicht zu. Zur differenzierten Diagnose der



Veränderung des Wohnungsmarktes seien neue Instrumente erforderlich. Herr Dr. Wullkopf wies in diesem Zusammenhang auch auf statistische Mängel in der Wohnraumversorgungsdiskussion der 1980er Jahre hin und stellte die Frage, wie belastbar die heute in der Öffentlichkeit gehandelten Leerstandszahlen seien.

Die Experten verweisen darauf, dass – im Unterschied zu den 1980er Jahren – der Begriff „Schrumpfung“ und die damit zusammenhängenden Probleme heute schrittweise enttabuisiert würden. Für die Zukunft wird nun gefordert, dass ein Übergang von der Problemerkennntnis zum Handeln gefunden werden müsse. Hier bestehe nach Prof. Dr. Siebel weiterhin eine große Diskrepanz. Herr Prof. Dr. Selle sah zudem angesichts der deutlich zurück gegangenen öffentlichen Steuerungsressourcen die Gefahr, dass Tendenzen zunehmen, die man als „aufgeben statt gestalten“ bezeichnen könnte.

## **4 Lehren für heute aus den Erfahrungen und Strategien von gestern**

Im Folgenden werden die Erfahrungen der Vergangenheit anhand von sechs Themenbereichen konkretisiert. Dabei wird eine Differenzierung nach Erfolg versprechenden Ansätzen und Problemlagen ohne erfolgreiche Ansätze vorgenommen.

### **4.1 Erfolgversprechende Ansätze der 1980er Jahre**

#### *Begrünung von Brachflächen (Essen)*

Anhand der Ausführungen von Frau Dr. Wiese von Ofen am Beispiel der Stadt Essen wurde deutlich, dass eine Begrünung von Brachflächen, für die zunächst keine weitere Nutzung gefunden werden konnte, eine positive Wirkung erzielte. Die Einwohner konnten sich neue Grün- und Freiflächen erschließen, das Wohnumfeld erhielt somit neue Qualitäten. Selbst eine ungenutzte Grünfläche strahle ein besseres Image in die Stadt bzw. das Stadtviertel aus, als ein brachliegendes Industriegelände, das mehr und mehr verfällt. Die Begrünung der Brachen erhöhe langfristig die Qualität der Flächen, so dass ggf. wieder eine Nachfrage für den Standort entstehen könne.

#### *Mieterbeteiligung und Modernisierungen*

Die zumeist gemeinnützige Wohnungswirtschaft hatte zunächst keine Möglichkeiten, über niedrige Mieten die Nachfrage für ihren Wohnraum zu stärken. Daher wählte sie den Weg, über Verbesserungen im Wohnungsbestand, bzw. im sozialen und räumlichen Umfeld das Angebot zu attraktiveren.

Ein wesentlicher Punkt hierbei war eine verstärkte Kundenorientierung durch eine Beteiligung der Mieter. Dies betraf die stärkere Analyse der Nachfrage und Bedürfnisse. Gleichzeitig erfolgte eine Angebotsverbesserung über ergänzende Dienstleistungen in den Wohnanlagen, oft verknüpft mit verbessernden Maßnahmen im Wohnumfeld (individuelle Hauseingänge, Mietergärten, Spielplätze etc.). Nach Erfahrungen von Herrn Prof. Dr. Großhans führte diese Handlungsweise zu einer Stabilisierung und Rückgewinnung von Mietern für städtisches Wohnen.

Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine solche Strategie den Leerstand insgesamt verringern kann. Vielmehr nehmen die Experten an, dass Investitionen in den Wohnungsmarkt heute lediglich zu Verschiebungen des Leerstandes führen, so lange es keine Zunahme der Haushaltszahlen gibt. Dennoch sollten diese Erfahrungen genutzt werden, um eine weitere Abwanderung aus der Stadt zu verhindern.

### *Technologieparks (Dortmund)*

Die Experten betonten die hohe Bedeutung eines funktionierenden Arbeitsmarktes für die Stadtentwicklung. Am Beispiel Dortmund konnte Herr Freye verdeutlichen, wie Impulse für die Bewältigung des Strukturwandels gegeben werden können.

Der Technologiepark in Dortmund wurde 1985 gegründet und arbeitet seitdem eng mit der Hochschule zusammen. Positive Erfahrung aus Dortmund ist, dass der Erfolg dadurch entstanden ist, dass sich die Stadt neuen Entwicklungspolen geöffnet hat und nicht – wie in manch ähnlichen Städten – krampfhaft oder zu lange an alten Industriezweigen festhielt.

## **4.2 Problemlagen und erfolglose Ansätze in den 1980er Jahren**

### *Eindämmung der Flächenausweisungen bei gleichzeitig weiterer Ausweitung im Umland (Essen)*

Aufgrund der Bevölkerungsrückgänge in der Stadt Essen wurden im Flächennutzungsplan zu Beginn der 1980er Jahre keine neuen Wohnbauflächen ausgewiesen. Generell sollte ein Verhältnis von 50% Bauflächen zu 50% Freiflächen gewahrt werden. Es zeigte sich jedoch, dass dies der verstärkten Nachfrage nach Eigenheimen entgegenstand und so die Abwanderung über die Stadtgrenzen hinaus noch verstärkt hat. Als Ursache nannte Frau Dr. Wiese von Ofen neben dem fehlenden Grundstückangebot Umfeldmängel und soziale Probleme in Stadtteilen, sowie generell kein adäquates Wohnungsangebot für mittlere und besser verdienende Haushalte.

Herr Dr. Wullkopf bestätigte, dass trotz eines Rückgangs der Wohnungsnachfrage auch weiterhin Neubau zugelassen werden müsse, um der spezifischen Nachfrage gerecht zu werden. Eine reine Konzentration auf die Bestandsentwicklung sei nicht immer ausreichend, um aktuellen Wohnbedürfnissen adäquat entgegenzukommen.

### *Sektorale Problembetrachtung*

Herr Dieckmann wies darauf hin, dass bedingt durch die Finanzierungsstrukturen sowie Ressortzuständigkeiten nur sektoral versucht wurde, die Probleme zu lösen. In der Regel wurde die Entwicklung der Konzepte auf die Problemstadtteile reduziert. Durch diese sektorale Betrachtung und das damit verknüpfte Vorgehen wurde versäumt, die notwendige Gesamtstrategie und integrierte Handlungskonzepte zu entwickeln. Dem „Ressortdenken“ liegen politische Abhängigkeiten zugrunde, die aufgebrochen und verändert werden müssten. Die Methoden der Planung sowie die politische Steuerung zum Ausgleich der Interessen orientieren sich an Wachstumsprozessen. Deshalb sind sie unter den veränderten Bedingungen ungeeignet zur Lösung der Probleme bei Schrumpfung. Herr Prof. Dr. Siebel vermittelte seinen Eindruck, dass auch heute noch die sektorale Sichtweise vorherrsche, wenn isoliert der demographische Wandel oder die Problemlagen der Wohnungswirtschaft in den Mittelpunkt der fachlichen Diskussion gerückt werden. Die hohe Komplexität der Probleme sowie die sich gegenseitig verstärkenden Prozesse würden auch heute nicht ausreichend gewürdigt.

### *Verweigerungshaltung in Politik und z.T. auch Verwaltung, Problemverdrängung in der Öffentlichkeit*

Ein wesentliches Problem, das die Experten immer wieder hervorhoben und auch im Rahmen der vorbereitenden Recherche deutlich wurde, ist die Verweigerungshaltung in Politik und Verwaltungsspitze.

„Der Sachverhalt des Bevölkerungsrückgangs in den großen Städten ist allgemein bekannt geworden. Aber die Öffentlichkeit und wohl auch die Politik stehen dem Phänomen ziemlich apathisch gegenüber.“<sup>11</sup> Noch deutlicher fasst es ein Autor als Fazit einer Analyse von Strategien verschiedener Kommunen zusammen: „Ich fürchte, man hat wertvolle Zeit verloren, weil die Trendumkehr zunächst nicht akzeptiert wurde und bis in jüngste Zeit die vorhandenen Daten in den Städten eher zurückgehalten als offen diskutiert wurden.“<sup>12</sup> Zudem tut sich die Verwaltung selbst schwer im Umgang mit den Problemen: „Häufig fehlen den Verwaltungsmitarbeitern dazu die Ideen und ausreichende Erfahrungen.“<sup>13</sup> Es stellt sich die Frage, wie die Diskrepanz zwischen Problemanalyse und Verweigerungshaltung aufgelöst werden kann. Denn, wie Herr Prof. Dr. Selle formulierte: „Gestaltung ohne Wachstum ist für Politik und Planung gleichermaßen eine unbequeme Aufgabe.“

Aufgrund dieser Verweigerungshaltung scheiterten Pläne und Konzepte, die auf Seiten der unteren Verwaltungsebene teilweise schon sehr konkret und detailliert ausgearbeitet wurden.

## **5 Handlungsempfehlungen für die Praxis der Stadtumbau West-Pilotstädte**

### *Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt*

In Bezug auf den Wohnungsmarkt führte Herr Dr. Wullkopf aus, dass in Zukunft ein *strategisches Management* immer wichtiger werde. Hierzu gehöre zum einen, dass die Wohnungswirtschaft realistische Ziele aufstelle, die im Rahmen eines Monitorings kontrolliert werden müssten. Bei einer immer stärker greifenden Ausdifferenzierung der Wohnungsmärkte (regional, lokal aber auch sektoral) seien differenzierte *Portfolioanalysen* gemeinsam von Wohnungswirtschaft und Kommune zu erstellen. Erfolg versprechende Beispiele für diesen Weg fand er etwa in den Niederlanden. Darüber hinaus müsse sich die Diskussion um Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt loslösen von der Diskussion um Bevölkerungsrückgänge hin zu einer *stärkeren Beachtung der Haushaltszahlen* und der Nachfragestrukturen.

Herr Prof. Dr. Großhans gab zu bedenken, dass eine Bestandsverbesserung nicht immer möglich und sinnvoll sein wird, da bei gleich bleibenden oder sinkenden Haushaltszahlen dadurch an anderer Stelle Mieter abgezogen würden. Der Rückbau von überschüssigem Wohnraum werde daher unausweichlich sein, um den Markt zu stabilisieren.

### *Verweigerungshaltung der Kommunen*

Am Beispiel der Internationalen Bauausstellung (IBA) Emscher Park, deren Projekte zwischen 1989 und 1999 im nördlichen Ruhrgebiet umgesetzt wurden, erläuterte Herr Prof. Dr. Siebel, wie bedeutsam es sein kann, in Schrumpfungsprozessen die Entwicklungspotenziale in den Vordergrund zu

---

<sup>11</sup> Göb, 1977, S. 154: Die schrumpfende Stadt

<sup>12</sup> Schulz zur Wiesch, 1988, S. 98

<sup>13</sup> Linde, 1988, S. 1018

stellen. Die IBA firmierte unter dem Ansatz einer „Stadtentwicklung ohne Wachstum“, wurde aber in der Öffentlichkeit nicht als eine solche Strategie wahrgenommen. Im Mittelpunkt der Wahrnehmung standen vielmehr die Potenziale für die Entwicklung neuen Gewerbes sowie Kultur- und Tourismusmöglichkeiten. Herr Prof. Dr. Siebel erläuterte anhand dieses Beispiels die Bedeutung und Wirksamkeit, auch *positive Seiten des Schrumpfens deutlich zu machen*. Im Rahmen der Vermittlung zukünftiger Entwicklungen sollten daher auch zunehmend die Potenziale in den Vordergrund gerückt werden.

Herr Dr. Wullkopf führte dazu weiter aus, dass hierzu *Klarheit zwischen möglichen Gefahren und Potenzialen* geschaffen werden müsse. Unsicherheit in Bezug auf zukünftige Entwicklungen fördere die Haltung in den Kommunen, sich neuen Entwicklungen zu verschließen und innovative Strategien abzulehnen.

Herr Prof. Dr. Selle riet, nicht allgemein „Schrumpfen“ zum Thema der Kommunikation zu machen, sondern vor dem Hintergrund der (mit „Schrumpfen“ bezeichneten Rahmenbedingungen) über konkrete Aufgabenstellungen und Handlungsoptionen (z.B. zur Schulentwicklung, zur Integrationspolitik etc.) zu reden.

### *Brachen*

Aus den Erfahrungen der Experten zeigt sich, dass Brachflächen in erster Linie ein „aufgeräumtes“ Bild widerspiegeln müssen. So sind die Planungsakteure in Essen bei einigen Brachflächen zunächst nicht davon ausgegangen, kurzfristig Nachnutzungen für diese Areale zu finden und haben diese zunächst begrünen lassen. Frau Dr. Wiese von Ofen betonte, dass es bei städtischen Brachflächen wichtig sei, eine *„ansehbare Kulisse zu schaffen“*. Insbesondere für die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit müsse deutlich gemacht werden, dass sich auf den Brachflächen etwas tue. Liegenlassen ohne zu handeln wirkt nach Einschätzung der Experten als Zeichen der Ohnmacht.

### *Chancen der Reurbanisierung und der Renaturierung*

Daneben bieten diese Flächen große Potenziale für die Weiterentwicklung bzw. Vernetzung von Frei- und Grünräumen und leisten damit einen Beitrag zu mehr Lebensqualität, dies erlangt in Zukunft einen höheren Stellenwert für die Wohnstandortwahl.

Zugleich bieten sich die aktuellen Prozesse auch dazu an, Reurbanisierungsprozesse in Städten einzuleiten, insbesondere wenn es darum geht, neue nachfragegerechte Wohnkonzepte zu entwerfen. Die geringere Bevölkerungsdichte kann somit auch als positiver Faktor der Schrumpfung hervorgehoben werden.

### *Primat der Bestandsorientierung und Innenentwicklung*

Die Experten stellten fest, dass eine ausschließliche Bestandsentwicklung nicht der erfolgreiche Weg für einen Umgang mit Schrumpfungsprozessen sein kann. Es müssten im Sinne einer Anpassung an veränderte Bedarfe auch Neubauten zugelassen werden. Hierfür können die ehemals industriell genutzten Flächen eine Entwicklungschance bieten. Nach Einschätzung von Herrn Dr. Wullkopf werde die Bestandsentwicklung als Strategie zum Umgang mit der nachlassenden Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt allein nicht ausreichend sein.

In der Innenentwicklung, die Abrissmaßnahmen, Aufwertung und Neubau strategisch intelligent verknüpft, wird ein wichtiges Standbein bei der Erfolg versprechenden Bewältigung von Schrumpfungsprozessen gesehen.

### *Bündelung der unterschiedlichen Handlungsstränge*

In der Diskussion mit den Experten wurde mehrfach darauf verwiesen, dass eine sektorale Betrachtung der Probleme nicht sinnvoll ist. So sollten nach Herrn Dieckmann generell unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen in den Städten die unterschiedlichen aktuellen stadtentwicklungspolitischen, sozialpolitischen, bildungspolitischen, wohnungsbaupolitischen und familienpolitischen Handlungsstränge gebündelt werden. Nur über eine vernetzte Betrachtung der verschiedenen Bereiche könne der Schrumpfungsprozess in den Städten positiv gestaltet werden. Voraussetzung hierfür seien integrierte Handlungskonzepte, die mit einem konkreten Finanzierungs- und Förderkonzept unterlegt sein müssen.

## **6 Fazit**

Vorrecherche und Expertenkolloquium sollten Handlungsstrategien früherer Schrumpfungsphasen aufzeigen. Ziel war es, aus der Stadtentwicklungsdiskussion speziell der 1980er Jahre Anregungen für die heutige Stadtumbaupraxis zu gewinnen, um „das Rad nicht neu erfinden zu müssen“. Die Vorrecherche ergab, dass insbesondere in vom wirtschaftsstrukturellen Wandel betroffenen Altindustriestädten Westdeutschlands schon in den 1980er Jahren Erfahrungen mit Schrumpfungsprozessen gesammelt wurden, die hochaktuell erscheinen. Die heutigen Diskussionen um Strukturwandel, Haushaltsdefizite und Anpassung von Infrastrukturangeboten an veränderte Nachfrage finden sich schon in Veröffentlichungen aus den 1980er Jahren.

Im Kolloquium konnten Erfolg versprechende Ansätze wie die Begrünung von Brachflächen oder Mieterbeteiligung und Modernisierungsansätze durch die Wohnungswirtschaft aus den 1980er Jahren herausgearbeitet werden. Es wurde aber auch deutlich, dass schon damals Problemlagen konstatiert werden mussten, für die keine Erfolg versprechenden Ansätze gefunden wurden und die auch heute noch Hindernisse im Umbau westdeutscher Städte darstellen. Dazu gehören der Umstand anhaltender Außenentwicklung trotz Nutzungsaufgabe in zentralen Lagen, die sektorale Perspektive auf ein komplexes Problembündel und die Erkenntnisverweigerung gegenüber Schrumpfungsprozessen.

Der Vergleich mit Analysen und Strategien der 1980er Jahre schärft darüber hinaus den Blick für das, was neu an der aktuellen Stadtumbaudebatte in westdeutschen Städten ist. Qualitativ neu dürfte die Kumulation unterschiedlicher Problemlagen in räumlicher Nähe sein; neu dürfte auch sein, dass es vielerorts nicht um die Verteilung von Wachstumsimpulsen, sondern von Verlusten geht, für die völlig neue Kooperationsformen zu finden sein werden. Als neu stellt sich auch heraus, dass die zu konstatierenden Wohnungsleerstände nicht mehr konjunkturbedingt zu interpretieren sind, sondern strukturell und damit Anpassung der Wohnungsbestände an neue Bedarfe nicht mehr ausreichen werden.

Auf der Basis der Diskussionen zu Erfahrungen mit Ansätzen schrumpfender Städte in den 1980er Jahren und im Vergleich mit heute konnten die Experten im Kolloquium wichtige Anregungen für die Arbeit der Pilotstädte im ExWoSt-Forschungsfeld Stadtumbau West geben.

## 7 Quellen und weiterführende Literatur

- AUTZEN, Rainer /BECKER, Heidede (1985): Moderne Zeiten: Aufwertung, Rückbau oder was sonst? In: Stadtbauwelt 86, S. 930-938.
- BÄHR, Jürgen /GANS, Paul (1985): Bevölkerungsveränderungen und Migrationsmuster in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland seit 1970. In: FRIEDRICHS, Jürgen (Hrsg.): Die Städte in den 80er Jahren. Opladen 1985, S. 70-116.
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) (2000): Stadtentwicklung und Städtebau in Deutschland. Ein Überblick.
- BUNDESTAGS DRUCKSACHE 10/5999 vom 09.09.1986 "Städtebaulicher Bericht Umwelt und Gewerbe in der Städtebaupolitik", 1986.
- DEUTSCHE AKADEMIE FÜR STÄDTEBAU UND LANDESPLANUNG LANDESGRUPPE HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN (1988): Leitlinien für die Stadtentwicklung über das Jahr 2000 hinaus.
- DIE ZEIT, 27.05.04: Im Kurgebiet.
- GATZWEILER, Hans-Peter; STRUBELT, Wendelin (1988): Demographische Veränderungen und Wandel der Städte. In: FRIEDRICHS, Jürgen: Soziologische Stadtforschung. S. 193-222.
- GOEB, Rüdiger (1977): Die schrumpfende Stadt. In: Archiv für Kommunalwissenschaften Jg.16, S.149-177.
- HÄUßERMANN, Hartmut /SIEBEL, Walter (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main.
- HÄUßERMANN, Hartmut /SIEBEL, Walter (Die Zeit, 1985): Die Chancen des Schrumpfens.
- HENCKEL (1985): Soziale Infrastruktur: Anpassung oder Rückbau? In: Bauwelt 24/1985. Stadtbauwelt 74, S. 920-924.
- HEUER, Hans (1985): Die veränderte ökonomische Basis der Städte. In: FRIEDRICHS, Jürgen (Hrsg.): Die Städte in den 80er Jahren. Demographische, ökonomische und technologische Entwicklungen. Opladen.
- LINDE, Jürgen (1988): Kommunale Finanzkrise und Reorganisation der Stadtverwaltung. In: Bauwelt 24/1988. Stadtbauwelt 98, S. 1016-1020.
- SCHULZ ZUR WIESCH, Jochen (1988): Reaktionen von Politik und Verwaltung auf die Veränderungen sozioökonomischer Rahmenbedingungen. In: DEUTSCHE AKADEMIE FÜR STÄDTEBAU UND LANDESPLANUNG LANDESGRUPPE HAMBURG UND SCHLESWIG-HOLSTEIN (1988): Leitlinien für die Stadtentwicklung über das Jahr 2000 hinaus. S. 88-99.
- STIENS, Gerhard (1984): Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung bis zu Jahr 2000 in räumlicher Differenzierung. Einige Schlussfolgerungen aus der neuen Bevölkerungsprognose der BfLR. In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 12, S. 1203-1223.
- WERMKER, Klaus (1988): Haushaltsdefizit, Einwohnerverlust, Arbeitsplatzabbau: Konsequenzen für die soziale Infrastruktur. In: Bauwelt 24/1988. Stadtbauwelt 98, S. 1012-1015.

## Anhang

### Teilnehmerliste

<i>Name</i>	<i>Institution</i>
Bauer, Jörg	Stadtplanungsamt Pirmasens
Baumann, Katja	FORUM GmbH
Böhme, Frank	Pilotstadt Pirmasens, Bachtler, Böhme u. Partner
Breuer, Bernd	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Chlench, Andrea	Stadt Völklingen, Projektleitung Stadtumbau West
Dieckmann, Johann	Stadtbaurat a.D. Hagen
Freye, Horst	Stadtdirektor a.D. Münster
Fuhrich, Dr. Manfred	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Gatzweiler, Dr. Hans-Peter	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Goderbauer, Evi	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Großhans, Prof. Dr. Hartmut	Ehemals Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen GdW
Härtel, Stephan	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Kaltenbrunner, Dr. Robert	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Karsten, Martin	FORUM GmbH
Resch, Helmut	Leiter des Stadtplanungsamtes Selb
Ritter, Alexandra	Stadt Albstadt
Rommelfanger, Stefan	Stadtplanungsamt Gelsenkirchen
Schmitz, Hermann	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Schrenk, Alfred	Bürgermeister Gemeinde Wildflecken
Selle, Prof. Dr. Klaus	RWTH Aachen, Lehrstuhl für Planungstheorie und Stadtplanung
Siebel, Prof. Dr. Walter	Universität Oldenburg, Institut für Soziologie, Stadtforschung
Strubelt, Prof. Dr. Wendelin	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
Von Kalben, Theda	Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bau und Verkehr
Wiese von Ofen, Dr. Irene	Stadtbaurätin a.D. Essen
Wilmes, Kerstin	FORUM GmbH
Wullkopf, Dr. Uwe	Institut für Wohnen und Umwelt, Darmstadt

## Veranstaltungsablauf

**Ort:** Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung in Bonn

**Zeit:** Montag, 17.05.04

### Teil I: Begrüßung und Vorstellung

10.30 Uhr - **Begrüßung durch Vertreter des BBR und des BMVBW**

bis

- **Vorstellung des Veranstaltungsverlaufs**

Martin Karsten, Forschungsagentur Stadtumbau West

11.00 Uhr - **Vorstellung des Teilnehmerkreises**

### Teil II: Problemwahrnehmung von Schrumpfung und Handlungsansätze in den 1980er Jahren in Westdeutschland

11.00 Uhr **Ergebnisse der vorbereitenden Recherche**

Kerstin Wilmes, Forschungsagentur Stadtumbau West

11.15 Uhr **Block I: Statements zu den Fragen im Vorbereitungspapier: Öffentlichkeit, Fachöffentlichkeit, Wissenschaft**

(jeweils 10 Minuten mit den Leitfragen: Werden die Einschätzungen der Vorrecherche geteilt? Welche Ergänzungen und/oder Korrekturen gibt es?)

Prof. Dr. Walter Siebel, Universität Oldenburg

Prof. Dr. Klaus Selle, RWTH Aachen

anschl. Diskussion

12.00 Uhr **Block II: Statements zu den Fragen im Vorbereitungspapier: Wohnungswirtschaft**

(jeweils 10 Minuten mit den Leitfragen: Werden die Einschätzungen der Vorrecherche geteilt? Welche Ergänzungen und/oder Korrekturen gibt es?)

Prof. Dr. Hartmut Großhans, Köln, ehemals Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, GdW

Dr. Uwe Wullkopf, Institut für Wohnen und Umwelt (IWU), Darmstadt

anschl. Diskussion

12.45 Uhr Mittagspause



13.45 Uhr **Block III: Statements zu den Fragen im Vorbereitungspapier: Kommunen**  
(jeweils 10 Minuten mit den Leitfragen: Werden die Einschätzungen der Vor-  
recherche geteilt? Welche Ergänzungen und/oder Korrekturen gibt es?)

Dr. Ing. Irene Wiese von Ofen, Stadtbaurätin a.D. Essen  
Johann Dieckmann, Stadtbaurat a.D. Hagen  
Horst Freye, ehemals Stadtdirektor und Wirtschaftsdezernent Mün-  
ster, vorher in Dortmund tätig (unter anderem IBA)

anschl. Diskussion

**Teil III: Welche Empfehlungen für heute lassen sich aus den Erfahrungen der  
Schrumpfungsdiskussion der 1980er Jahre formulieren?**

14.45 Uhr - **Vergleich der 1980er Schrumpfungsphase mit der heutigen Diskussion**  
bis **in Thesen**, Martin Karsten, Forschungsagentur Stadtumbau West

- **Experten-Blitzlicht**: Welche Empfehlungen geben Sie?

15.45 Uhr - **Zusammenfassung und Ausblick**

**Ende der Veranstaltung ca. 16.00 Uhr**